



Juden wieder mit gelben Sternen markiert



In Kopenhagener Stadtteil Nørrebro, der [seit längerem](#) fest in muslimischer Hand ist, müssen Juden ihren Glauben verbergen, um nicht verfolgt zu werden. Norwegischen Schülern werden [gelbe Sterne auf den Rücken geklebt](#), ohne dass die Lehrer eingreifen. Aus dem bereicherten schwedischen Malmö sind viele jüdische Familien bereits geflohen ([PI berichtete](#)).

In ganz Skandinavien hat die Judenverfolgung durch „Personen aus dem nahen Osten“ enorm zugenommen. Die *Frankfurter Rundschau* [berichtet](#):

Die Angriffe eskalierten im Vorjahr, als 200 jüdische Demonstranten während des Gaza-Krieges eine Kundgebung für Frieden und Mitleid mit den zivilen Opfern beider Seiten hielten und von einer viel größeren Gruppe palästinensischer Gegendemonstranten mit Steinen, Flaschen und Molotowcocktails vom Platz gehetzt wurden. (Malmös Bürgermeister) Reepalu forderte daraufhin die jüdische Gemeinde auf, sie solle sich lieber von Israels Übergriffen distanzieren. Später wurde der

jüdische Friedhof geschändet, Gemeindemitglieder von Maskierten überfallen, kleine Kinder beschimpft. Einem jüdischen Schüler drohten Mitschüler, man werde ihn „halal-schlachten“.

Im norwegischen Fernsehen berichteten Lehrer und Eltern, wie der Unterricht über den Holocaust boykottiert werde und Aussagen wie „Die Juden standen hinter dem 11. September“ unwidersprochen blieben. Als ein Schüler klagte, dass er mit dem Tod bedroht werde, weil er ein „Judenschwein“ sei, wies ihn der Lehrer mit dem Hinweis ab, dass so etwas allen passieren könne.

Ja, klaaar, wir werden alle täglich als „Judenschweine“ beschimpft, mit dem Tod bedroht und halal-geschlachtet... Die nicht eingreifenden Pädagogen nähren wohl eher ihre eigenen gärenden antijüdischen Ressentiments und stützen sich erhaben auf die „Akzeptanz kultureller Unterschiede“ und ihre „Toleranz“. Das ist eben die Kultur und die Herzlichkeit der „Personen aus dem Nahen Osten“. Das müssen wir akzeptieren, sonst sind wir politisch-inkorrekte Extremisten.

Besser das als heimliche Judenhasser, die sich die Hände in der Unschuld der Political Correctness waschen und die Juden den „Personen aus dem Nahen Osten“ als Freiwild vorwerfen.

Video zum Thema:

(Spürnase: [Daniel Katz](#))

Kartoffelaffaire zieht weiter Kreise



Nachdem Pfanni sich von [dem unmöglichen Film](#) wegen der nicht besonders positiven Resonanz [distanziert hat](#), sieht sich die Frankfurter Rundschau heute berufen, den „harmlosen Film“ gegen die „Bösen“ aus dem Internet zu verteidigen. Was spielt das Zerquetschen deutscher Kartoffeln (mit ihrem wahrhaft wahren Hintergrund) schon für eine Rolle? Der Film war Kunst und die Akteure meinten es doch nicht so.

Die FR [schreibt](#):

Die Feinde von heute lauern an Land. Im Netz. Gestalten wie der muskulöse, tätowierte, glatzköpfige und migrationshintergründige Kerl, der derzeit durch das Internet geistert. Bewaffnet mit Baseballschläger und mit grimmigem Blick rappt er dort in bester Bushido-Manier ein garstig' Lied: „Die Zeit ist reif / ich werde nicht mehr warten / Opfer, begreif: / Ich hol dich aus dem Garten / Ich werd dich klatschen, zerfetzen, zerquetschen / mach keine Faxen, jetzt gibt's Action.“ Den Refrain singt dann seine ganze Gang mit: „100 Prozent, deutsche Kartoffeln / 100 Prozent, ich tu dir weh / 100 Prozent, deutsche Kartoffeln / 100 Prozent, Kartoffelpüree.“ Dann zerquetscht der Glatzkopf mit bloßer Faust eine Kartoffel. Ein Schriftzug erscheint: „Unser Mitarbeiter des Monats.“ Und ein Logo: „Pfanni – 100 Prozent deutsche Kartoffeln.“

Der hübsche Text wird so interpretiert:

Der Film ist natürlich, selbst eine deutsche Kartoffel müsste das eigentlich erkennen, kein Werbespot der Firma Pfanni. Es ist schlicht die erfrischende HipHop-Parodie eines Studenten der Hochschule für Fernsehen und Film München. Auf dem Spotlight-Festival in Mannheim, einem internationalen Werbefilmwettbewerb, gewann der einminütige Spot einen Publikumspreis in Silber. Man kann das Filmchen also witzig finden.

Dann aber kamen die bösen Internetfreaks, die Pfanni derart unter Druck setzten, dass die Firma sich von dem Film distanzierte:

In den einschlägigen Islamhasser-Blogs schlug das Video hohe Wellen. Die „unfassbare Instrumentalisierung täglich erfahrenen Leids von Deutschen ohne Migrationsbiografie zu Werbezwecken“, wie es ein User ausdrückte, führte zu einer Flut von Boykottandrohungen, die direkt an die völlig unschuldige Firma Pfanni gerichtet waren. Schließlich, so ein anderer User, gehöre „die rassistisch-chauvinistisch gebrauchte Anrede ‚Du Kartoffel‘ zum Standardrepertoire deutschenfeindlicher Beschimpfungen“. „Wie blöd muss man eigentlich sein, liebe Firma Pfanni?“, echauffierte sich der Nutzer „Der letzte freilebende Preuße“. „Ab sofort wird in meinem Haus kein Pfanni mehr auf den Tisch kommen. Ich hoffe sehr, dass sich diesem Boykott noch viele anschließen.“ Taten sie.

Pfanni sah sich zum Handeln gezwungen. Denn auch wenn der Konzern selbst den Slogan „100 Prozent deutsche Kartoffeln“ geprägt und in einem Werbefilm der Agentur Jung von Matt selbstironisch damit gespielt hatte: Hier ging es plötzlich um wütende Kunden und bares Geld, und da hört der Spaß auf. Im Internet ließ der Konzern eine Stellungnahme verbreiten, in der er sich „aufs Schärfste von diesem Spot“ distanziert.

„Ungefragt und unerlaubterweise wurde hier unser Pfanni-Logo missbraucht. Leider haben wir keinen Einfluss auf diverse Internetseiten, die diesen Image-schädigenden Spot verbreiten“, erklärte das Unternehmen im Netz. Man habe nichts mit dem Spot zu schaffen.

„Das Problem ist nur, dass das einigen Konsumenten nicht klar ist“, sagt Merlin Koene, Pressesprecher bei Unilever. Dort ist man unglücklich über die Angelegenheit. Das Unternehmen plant nach Koenes Aussage trotzdem nicht, den armen Studenten, die Wurzel allen Übels, zu verklagen. Man habe bislang lediglich die Festival-Betreiber aufgefordert, den Spot von der Homepage zu nehmen. Das ist mittlerweile geschehen. Doch die Eigendynamik des Internet hat dafür gesorgt, dass die Kartoffel-Affäre weite Kreise zieht.

Er hoffe dennoch, „dass unsere Kunden auch weiterhin unseren Produkten vertrauen“, sagt Koene. Das sind Sätze, die Pressesprecher sagen, wenn sie wissen, dass es um hochsensible Themen geht. Die Brisanz haben offenbar auch andere erkannt: Für eine Stellungnahme war gestern keiner der Spotlight-Festival-Verantwortlichen erreichbar, ebensowenig wie der Student, der mit seinem Film die ganze Aufregung verursacht hat.

Wenn man irgendeine Moral aus der seltsamen Geschichte ziehen kann, dann die, dass Dummheit und Borniertheit, die natürlichen Feinde der Kunst, im Internet einen unfassbar fruchtbaren Humus gefunden haben. Die Kunst aber auch. Denn mit der Breitenwirkung, die sein Festival-Beitrag nun hat, hätte der junge Student niemals rechnen können. Seiner Karriere dürfte es kaum abträglich sein.

Tja, wir finden es nicht besonders künstlerisch, „geklatscht, zerfetzt und zerquetscht“ zu werden. Und Unilever wohl auch nicht. Vielleicht regierte nicht nur das Geld, sondern auch ein Rest Anstand, den man bei den Journalisten der FR

allerdings vergeblich sucht. Und dann hätte Unilever den Film tatsächlich für Kartoffelpüree-Werbung gekauft. Die FR hätte applaudiert.

(Spürnasen: Arent und Klive 0.)

Neue Armenierverfolgung in der Türkei



Statt sich für den Völkermord an 1,5 Millionen Armeniern im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges zu entschuldigen, reagiert der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan als Reaktion auf die Genozid-Vorwürfe einiger Staaten ([PI berichtete](#)) mit einer neuen Armenierverfolgung. 100.000 Armenier (meist Christen) sollen als „illegale Einwanderer“ [aus der Türkei deportiert](#) werden.

Erdogan ist davon überzeugt, dass der Mord an den Armeniern „notwendig“ war und betrachtet sie [nicht als türkische Bürger](#):

„In meinem Land sind 170 000 Armenier ansässig, von denen 70 000 türkische Bürger sind. Im Notfall würde ich morgen den restlichen 100 000 sagen, dass sie unser Land verlassen. Ich tu das, weil sie nicht meine Bürger sind und ich nicht

verpflichtet bin, sie in meinem Land zu unterhalten.“

Das von Erdogan im Interview verwendete Wort „Deportation“, ist derselbe Ausdruck, den man bereits 1915 für den Massenmord verwendete. *Die Welt* [berichtet](#):

Erdogan ist kein Freund leiser Worte, und wenn er sich zu einem heiklen internationalen Thema äußert, dann zuckt man in diplomatischen Kreisen vorahnungsvoll zusammen. Selten aber trat er in soviel Porzellan. Da ist zum einen die Wortwahl des englischen Interviews: Ausweisung heißt „Deportation“, und das stand dann in den Schlagzeilen. Es erinnert an den Genozid selbst: Die Armenier wurden 1915 deportiert, und starben dabei an Hunger und Krankheiten. Unglücklicher kann keine Wortwahl sein.

Dann der Stil, in dem Erdogan mit dem majestätischen Besitzerstolz eines Sultans spricht: „Es sind nicht meine Staatsbürger“, also muss er sie nicht in „seinem“ Land behalten.

In den Leserreaktionen und Internetforen der Türkei waren es „seine“ Bürger, die Erdogan auf den größten Unsinn seiner Bemerkung hinwiesen: Sollte die Türkei diesen Fehler begehen, dann wäre das nur der Präzedenzfall, auf den ganz Europa warte, um die Türken in europäischen Ländern auszuweisen, hieß es in einer ganzen Anzahl der zuletzt 337 Leserkommentare auf der Webseite der Zeitung „Hürriyet“.

Tatsächlich wäre es vermutlich nicht der schlechteste Tausch, der Türkei anzubieten, die 100.000 Armenier in Deutschland aufzunehmen, wenn dafür 100.000 Türken in ihre Heimat zurücksiedeln. Doch so etwas zu fordern, wird niemand wagen. Da machen sich die Türken unnötige Sorgen. Was bei einem solchen Präzedenzfall geschehen würde? Ganz einfach – nichts!

Man würde der Deportation zusehen und außer einem vorsichtigen

„Pfui“ von Ferne nichts weiter unternehmen, selbst wenn Erdogan sich im gleichen [Interview mit der BBC](#) als Freund eines anderen Mächtigen-Massenmörders bezeichnet hat. Erdogan hat vollstes Vertrauen in seinen Freund Ahmadinedschad und dessen Nuklearprogramm.

Nachfolgend ein ABC-News Bericht über den „Armenischen Holocaust“. Hier wird erklärt, dass die Armenier nicht bloß an „Hunger und Krankheiten“ starben, wie es im *Welt*-Bericht heißt, sondern dass die armenischen Christen in Gaskammern ermordet wurden:

(Mit Dank an alle Spürnasen)

„Islam = Frieden“ – sogar bei der Bundeswehr



Ende vergangener

Woche lud die Kreisgruppe München des Reservistenverbandes der Bundeswehr zu einer „sicherheitspolitischen Infoveranstaltung“ ein. Das Thema des Vortrags lautete „Islam und Islamismus“. Referent war der aus dem Jemen stammende Hauptmann Said Al Dailami.

(Text und Fotos: byzanz)

Im Einladungstext hieß es:

Der im Jemen geborene Referent ist als studierter Staats- und Sozialwissenschaftler Dozent an der Universität der Bundeswehr Neubiberg und forscht fokussiert auf dem Gebiet des Islam und Islamismus sowie dem aktuellen innerarabischen Diskurs über Reform- und Erneuerungsdenken in der islamischen Glaubens- und Rechtslehre. Er wird in dieser ca. zweistündigen Veranstaltung eine Einführung zum Islam geben, auf die Gründe, Erscheinung, Wahrnehmung und Rezeption des Islamismus eingehen und anschließend Gelegenheit zu Fragen und Diskussion geben.

Gleich zu Beginn des Vortrages wurde klar, wohin die Reise mit dem jemenitisch-stämmigen Hauptmann geht. Er erklärte, was der Begriff Islam bedeutet:

„Islam heißt Frieden, Reinheit, Hingabe, Gehorsam“



Wunderbar. „Gehorsam“ hört sich schließlich in Bundeswehr-Ohren ganz vertraut an. Die wörtliche Übersetzung „Unterwerfung“ verschwieg er seinen Kameraden lieber. Wie auch noch so vieles andere an diesem Abend. Denn er versuchte auch

klarzustellen, dass Zwangsehen, Verstümmelungen und Ehrenmorde nichts mit dem Islam zu tun hätten. Es handele sich vielmehr um eine Vermischung aus Kultur, Tradition und Religion.



Al Dailami unterschlug ganz bewusst Fakten. Denn selbstverständlich hat alles mit dem Islam zu tun. Zum Thema Verstümmelung gibt es eine klare Stelle in der Sunna, in der der Prophet das Beschneiden der weiblichen Klitoris befürwortet. Es solle nur nicht „zuviel“ weggeschnitten werden. Daher spricht sich auch [keine der vier islamischen Rechtsschulen](#) gegen die Beschneidung aus, sondern sie wird sogar befürwortet und als „ehrenhaft“ angesehen. Der Dialog von Mohammed mit Umm Habibah im „Hadith der Beschneiderin“ ist unmissverständlich:

„Aber ja, es ist erlaubt. Komm näher, damit ich dich unterweisen kann: Wenn du schneidest, übertreibe nicht, denn es macht das Gesicht strahlender und es ist angenehmer für den Ehemann“.

Was die Zwangsehe anbelangt, gilt der Prophet als bestes Vorbild, denn er heiratete als 52-jähriger ein sechsjähriges Mädchen. Diese Ehe vereinbarte er mit dem Vater des Mädchens. Und er schwärmte von der Ehe mit einer Jungfrau:

„Heiratet eine Jungfrau! Denn sie ist gebärfähig, hat eine süße Zunge, Lippen. Ihre Unreife verhindert Untreue, und sie ist mit euch in allem einverstanden. Im sexuellen Leben hingebungsvoll, genügsam. Ihre sexuellen Organe unbenutzt, kann sich eurem anpassen und mehr Lust bringen.“ (Necla Kelek, „Die fremde Braut“, S. 159)

Hier sind wir übergangslos beim Thema Ehrenmord. Denn eine muslimische Frau hat bis zur Heirat demzufolge ihre Jungfräulichkeit zu bewahren. Wenn sie sie verliert, handelt sie unislamisch. Was der Islam beim Abfall vom Glauben vorschreibt, erwähnte Al Dailami natürlich ebenfalls nicht, denn Mohammed forderte klar und deutlich: „Wer den Islam verlässt, den tötet“. Nachzulesen in der Sunna, der Tradition des Propheten Mohammed, bei Bukhari V4 B52 N260, berichtet von Ikrima:

Ali tötete einige Menschen indem er sie verbrannte und diese Neuigkeit erreichte Ibn Abbas, der dazu sagte: „Wäre ich an seiner Stelle gewesen, ich hätte sie nicht verbrannt, denn der Prophet sagte: ‚Bestrafe niemanden mit der Strafe, die Allah vorbehalten ist‘.“ Kein Zweifel, ich hätte sie auch getötet, denn der Prophet sagt: „Wenn ein Muslim seine Religion verlässt, dann töte ihn.“

So sind sich die Gelehrten der verschiedenen Rechtsschulen des Islams darüber einig, dass der Abfall vom Glauben mit der Hinrichtung des Renegaten geahndet werden muss, gilt doch die Apostasie als Auflehnung gegen Gott und als Aufkündigung der Mitgliedschaft in der islamischen Umma und ist damit eine direkte Gefährdung dieser Gemeinschaft in ihrem Bestand.

Aber wir befanden uns schließlich nicht in einer ernsthaften Informationsveranstaltung. Die Bundeswehrler sollten ganz offensichtlich beruhigt werden. Dass der Islam doch gar nicht so schlimm sei und nur von „Extremisten missbraucht“ werde. „Die Welt mit den Augen eines Muslim sehen“ war ein Untertitel

des Vortrages. Nun, dazu war in der Folge ausreichend Gelegenheit.



Hauptmann Said Al Dailami erzählte allen Ernstes, dass sich kein Moslem auf Mohammed berufen könne, wenn er eine Steinigung wegen Ehebruch durchführe. Denn in der Sunna stünde lediglich geschrieben, dass Mohammed einmal bei einer Steinigung „vorbeigekommen“ wäre und „nichts gesagt“ hätte. Daraus würden „Fundamentalisten“ schließen, dass die Steinigung also Gesetz wäre.

Abenteuerlich. Jeder, der einmal in der Sunna herumgestöbert hat, kennt die Geschichte von der Frau, die zu Mohammed geht und ihm ihren Ehebruch beichtet. Da sie schwanger ist, ordnet der „Prophet“ an, dass sie ihr Kind zur Welt bringen und es umsorgen solle, bis es nicht mehr gestillt werden müsse. Dann solle sie zurückkommen. Als sie dann kam, ließ Mohammed die bedauernswerte Frau steinigen. Knallhart. In den Hadithen gibt es ein halbes Dutzend solcher Berichte, in denen [Mohammed die Steinigung anordnete](#). Solch irritierende Fakten erwähnte der muslimische Hauptmann lieber nicht. Schließlich würden sie das Bild eines friedlichen und harmlosen Islam beeinträchtigen.



Der Referent bezeichnete sich als „moderaten“ und „aufgeklärten“ Moslem. Er sei Schiit und gehöre zu der Glaubensrichtung der Zaiditen. Laut [Wikipedia](#) steht diese Gruppierung dem sunnitischen Islam am nächsten unter den Schiiten. Al Dailami sagte, dass er die Sunna nicht wörtlich nehme, denn dort stünden Berichte, die irgendwelche Muslime erzählt hätten, die irgendetwas von irgendwem gehört hätten. Nun, diese Aussage macht ihn zwar ganz sympathisch, spricht aber nicht generell für den Islam. Denn er vergaß zu erwähnen, dass die Sunna im Islam die zweite tragende Säule neben dem Koran ist und die meisten strenggläubigen Moslems die Erzählungen dort zur Richtschnur ihres eigenen Handelns nehmen. Und solange keine islamische Autorität diese Schriften als überholt oder nicht zuverlässig einstuft, müssen sie auch ernst genommen werden.



Im weiteren berichtete Al Dailami wahrheitsgemäß, dass viele Moslems Vernunftdenken als Häresie ansähen. Für sie gebe es nur den Koran und die Sunna, alles andere interessiere sie nicht. Bei ihm sei das natürlich anders. Je mehr ich aber dem Hauptmann zuhörte, desto bekannter kamen mir Stimme und Gesicht vor. Und als ich mir die schicke Uniform wegdachte, wurde mir bewusst, dass ich ihm schon einmal begegnet bin. Und zwar beim [Vortrag von Hamed Abdel-Samad](#) an der Münchner Universität am 9. Februar. Hamed Abdel Samad hatte erklärt, dass es zur Modernisierung des Islams unbedingt einen „post-koranischen Diskurs“ geben müsse. Dieses Buch solle dorthin zurückgesteckt werden, wo es herkam: Ins 7. Jahrhundert. Damals fragte der Hauptmann, allerdings in zivil gekleidet, gleich als erster in der Diskussionsrunde recht irritiert nach, was auch in der PI-Reportage beschrieben ist:

„Was bleibt denn vom Islam übrig, wenn man ihm den Koran wegnimmt? Das ist genauso, als ob man dem Christentum Jesus wegnehmen würde.“

Nun, damit hatte sich Said Al Dailami als nicht gerade aufgeschlossen für die Modernisierungsdebatte erwiesen. Und dieser Mann erzählte jetzt in Bundeswehrkreisen, dass der

Islam doch gar nicht so schlimm sei. Und er verhielt sich dabei wirklich sehr geschickt, so dass er schnell die Sympathien des Publikums auf seiner Seite hatte. Er zeigte sich charmant, lachte, machte selbstironische Scherze und stellte sich selbst in Frage. Er berichtete auch in verständnisvollem Ton über Situationen, in denen er bei der Bundeswehr kontrolliert wurde. So sei er schon einmal vor einem Transall-Flug von einem Vorgesetzten abgetastet worden. Er habe das durchaus verstanden und sei auch nicht böse gewesen. „Selbstverständlich checken Sie mich, sie haben ja Recht, misstrauisch zu sein, schließlich passiert ja so viel“. Und die Besucher in der proppenvollen Gaststätte „Zum Alten Wirt“ in München-Giesing beruhigte er auch mit einem Augenzwinkern: „Sie brauchen keine Angst zu haben, ich habe keinen Sprengstoffgürtel umgebunden“.

So erntete er ein befreiendes Gelächter. Die Beklemmung über das Thema Islam schien zu weichen. Da stand doch ein moderner, aufgeklärter Moslem. Einer von uns. In unserer Uniform. Der auch noch sagte: „Ich stehe zu diesem Land. Ich bin hier aufgewachsen. Ich verdanke ihm viel. Ich möchte es verteidigen.“

Und auf dieser Basis des allmählich aufgebauten Vertrauens versuchte Al Dailami nun, Verständnis für die muslimische Welt zu wecken. Woher komme denn der Extremismus in der islamischen Welt?

Da kam gleich die typisch muslimische Opferrolle ins Spiel: Die wirtschaftliche Verschlechterung gegenüber anderen Regionen und die Kolonisation durch die Europäer hätten bei den meisten Muslimen Vorbehalte gegenüber dem Westen geschaffen. Nachdem die Staatsgebiete der meisten islamischen Länder das Ergebnis nachkolonialer Grenzziehungen sei, sehe man sich bevormundet. Und der Versuch, westliche Zivilisationsmodelle wie Kapitalismus, Sozialismus oder Nationalismus zu übernehmen, seien allesamt gescheitert. Von der Demokratie sprach Al-Dailami in diesem Zusammenhang nicht.

Und natürlich sei die Errichtung des israelischen Staates in Nahost ein Fremdkörper mitten in der islamischen Welt. Die Niederlage im 6-Tage-Krieg 1967 habe eine Demütigung der arabisch-islamischen Staaten ausgelöst. Dies habe eine Radikalisierung zur Folge gehabt, die sich im Wahabismus, der strengen orthodoxen Auslegung des Islam, manifestiere.

Ein weiteres Problem sei die Bildungsferne. So läge der Analphabetisierungsgrad beispielsweise im Jemen bei 70%. Außerdem gebe es Repressalien und tägliche Entwürdigungen durch das despotische und diktatorische Regime. Die soziale Verelendung und die ausweglose Situation führten zu einer Identitätskrise. Und da helfe die Religion. Sie schaffe eine Identität. Sie liefere eine Weltanschauung, in der sich diese Menschen wiederfinden könnten. Und so werde auch der Drang gefördert, sich für diese Religion zu opfern. Zumal sich kein Moslem sicher sein könne, ins Paradies zu gelangen. Denn gewiß könne nur der Märtyrer sein. Nur wer für die Sache Allahs sterbe, komme ganz bestimmt zu den 72 Jungfrauen.

Da der Islam die Einheit von Staat und Religion sei, würde er zum „archimedischen Punkt“ für die Gläubigen. Für sie sei der Islam die einzig authentische, autochthone und politisch kulturelle Identität. Jedes Modell des Westens werde als geistige Kolonisation verurteilt. So vollziehe sich eine rücksichtslose „Ideologisierung“ der Region.

DISKUSSION

Zunächst nahm der Hauptmann eine Reihe von Fragen auf. Er beantwortete sie anschließend zusammenhängend. So vermied er den direkten Dialog. Die anwesenden Reservisten und aktiven Soldaten waren offensichtlich nach dem doch insgesamt sehr sympathisch wirkenden Vortrag nicht so sehr auf Kritik eingestellt. Aber immerhin wurde zu der Deutung des Begriffes „Islam“ nachgefragt. Ob es übersetzt nicht doch „Unterwerfung“ hieße. Al Dailami versuchte in der Beantwortung den Wortstamm „Salam“ ins Spiel zu bringen, und das bedeute schließlich

Frieden. An dieser Stelle spürte man, dass er das erste Mal leicht ins Schwimmen kam.



Eine weitere Frage war, ob Juden und Christen nun zu den „Ungläubigen“ gehörten, die ja schließlich laut Koran bekämpft, erniedrigt und bei Gegenwehr getötet werden sollen. Al Dailami zitierte hierbei Passagen aus der friedlichen Anfangszeit des Propheten, als er sich noch nicht in der Machtposition befand und versucht hatte, Juden und Christen durch Einschmeicheln zu sich herüberzuziehen. Sie seien „Schriftbesitzer“ und würden einen Sonderstatus genießen. Bezeichnenderweise erwähnte Al Dailami nicht, dass es im Islam das Prinzip der Abrogation gibt, denn die späteren kriegerischen Verse heben die eher harmlosen früheren auf.

Nachdem Al Dailami die These aufgestellt hatte, der Islam werde durch „Extremisten missbraucht“, fragte ich, ob diese „Extremisten“ nicht eher folgsame Gläubige sind, die die exakten Anweisungen des Koran umsetzten. Schließlich steht das Wort „Töten“ dort 27 Mal in der unmissverständlichen Befehlsform. Er meinte, die Gewalt mache vielleicht 20% im Koran aus. Es gebe auch viele friedliche Passagen, beispielsweise werde das Töten auch verboten. Als Beweis versuchte er den Vers 5,32 anzubringen, in dem behauptet

werde, „wer einen Menschen tötet, der tötet die gesamte Menschheit“. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt für jede Diskussion mit einem Moslem, da dieser Vers immer wieder als Vorwand für die scheinbare Friedlichkeit des Islam zitiert wird. Er wird aber immer unvollständig wiedergegeben. Daher noch mal Sure 5 Vers 32 exakt zum Nachlesen:

Deshalb haben Wir den Kindern Israels verordnet, daß, wenn jemand einen Menschen tötet, ohne daß dieser einen Mord begangen hätte, oder ohne daß ein Unheil im Lande geschehen wäre, es so sein soll, als hätte er die ganze Menschheit getötet; und wenn jemand einem Menschen das Leben erhält, es so sein soll, als hätte er der ganzen Menschheit das Leben erhalten.

Auf meinen Einwand, dass hier also klar gesagt werde, das Töten sei nur ohne einen gewichtigen Grund verboten, ging Al Dailami nicht ein. Er meinte vielmehr, es sei nicht seine Meinung, dass der Islam gewaltverherrlichend sei. Wie das denn sein könne, entgegnete ich, wenn schon der Prophet dieser Religion selbst seine Kritiker umbringen ließ, hunderte gefangene Juden in Medina köpfen ließ, unzählige Eroberungskriege führte, Karawanen überfiel und ausraubte? Dass die ganze Sure 8 sich nur um das Beutemachen und das Verteilen der Beute dreht? Jetzt wurde es unruhig im Raum. Das war zuviel der Disharmonie. Es gab Zwischenrufe. Der Kamerad wurde verteidigt. Warum ich denn gekommen sei, wenn ich mich nicht auf seine Argumentation einlassen wolle. Die Diskussion wurde beendet.

Ich suchte anschließend noch das persönliche Gespräch mit Herrn Al Dailami, um die Fakten mit ihm abzuklopfen. Ich wollte herausfinden, wie dieser Mensch wirklich tickt. So sprach ich ihn auf die Steinigungsgeschichte mit Mohammed an. Er gab zumindest zu, sie zu kennen. Im weiteren fragte ich ihn nach den vielen eindeutigen Tötungsanweisungen des Koran. Er stritt sie nicht ab, sei aber der Auffassung, sie würden nur

für die damalige Zeit gelten.

Es nützt aber überhaupt nichts, wenn ein Einzelner diese Auffassung hat oder vorgibt, so zu denken. Alle Rechtsschulen und die wichtigsten Gelehrten des Islam sehen es eben anders. Da gilt der Koran als zeitlos gültiges Wort Allahs und unveränderbar. So ist es regelrecht ein Skandal, wenn in Bundeswehrkreisen solch islamverharmlosende Referate gehalten werden. Bei Menschen, die sich nicht mit den Fakten auskennen, hinterlässt das einen völlig falschen Eindruck dieser totalitären Ideologie.

Diese Botschaften kommen bei Soldaten an, die sich möglicherweise demnächst in islamischen Ländern befinden. Vielleicht haben sie jetzt sogar Verständnis für einen Selbstmordattentäter und sehen in ihm ein bedauernswertes Opfer, das sich und andere aus „Verzweiflung“ in die Luft sprengt.

Auf diese Weise wird die Wehrhaftigkeit und Entschlossenheit unserer Bundeswehr untergraben.

Kontakt:

- » Reservistenverband Bayern: landesgeschst_bayern@vdrbw.de
- » Bundesgeschäftsstelle: info@vdrbw.de

Ablenkungsmanöver

☒ Manche Muslime sind dermaßen gut geschult für ideologische Debatten, dass man versucht ist, sich zu fragen, wo sie ihre Tricks und Kniffe gelernt haben. In der Moschee vielleicht? Das setzte voraus, dass der aus der Türkei (als Staatsbeamter!) geschickte Imam ebenfalls hervorragend für

diese Belange ausgebildet wurde, was durchaus nicht ausgeschlossen werden kann.

(Davide S. zur PI-Serie [“Mit Muslimen diskutieren – aber wie?”](#))

Da aber auch Gutmenschen wie Sozialdemokraten und andere Linke die gleichen Tricks anwenden, liegt die Annahme einer Verbindung zwischen beiden nahe. Geht also der hoffnungsvolle Muslim nebenbei auf die Sozen-Kaderschmiede? Das kann nicht ausgeschlossen werden.

Einer der beliebten Tricks ist das Ablenkungsmanöver. Das funktioniert so: Der Muslim oder Gutmensch serviert eine überraschende Einlage, deren Wahrheitsgehalt nicht ohne weiteres überprüft werden kann. Das bringt uns zum Staunen, Zögern, weil wir nachdenken. Und der Einwender hat den Vorteil. Ein Beispiel (aus dem Start-Eintrag dieser Aktion). Es ging um die Todesstrafe für Islam-Verlasser.

Leser „Sevenday“ behauptet:

„Was ist mit dem Schwiegersohn des Propheten passiert als er aus dem Islam ausgetreten ist und wieder zum Christ wurde? Richtig, GAR NICHTS! Die Tochter hat sich von ihm geschieden. Er wurde weder gehängt noch blutrünstig getötet.“

Das ist offenkundiger Unsinn (dazu gleich mehr), obwohl es zunächst nicht überprüft werden kann (es sei, man hat Islamkunde studiert). Man verstummt, und der Gegner kann weiterreden. Ganz falsch. Die einzig korrekte Reaktion in diesem Fall wäre gewesen: „Mag sein. Ist aber irrelevant. Denn das war, falls es überhaupt stimmt, vor ca. 1.400 Jahren. Und was damals war, interessiert uns heute nicht. Hier zählen Fakten. Und nach denen sind in etlichen islamischen Ländern aktuell Abtrünnige von der Todesstrafe bedroht.“

Falls es überhaupt stimmt. Was nicht der Fall ist. „Sevenday“

hat das vermutlich gerade erfunden. Der „Prophet des Islam“ hatte nur einen Schwiegersohn, den Ali, Gatte seiner Tochter Fatima (Muhammads einziges Kind, das überhaupt das Erwachsenenalter erreichte), gleichzeitig Cousin des Propheten. Der trat im Alter von zehn Jahren zum Islam über (zuvor war er keineswegs Christ, sondern Anhänger der arabischen Vielgötter-Religion wie die ganze Familie) und gilt daher als einer der ersten Muslime überhaupt. Später wurde er Kalif (656-661) – zu dieser Zeit war Fatima (606-632) schon lange tot; also hätten die frühen Muslime einen Abtrünnigen zum Kalifen gemacht – Unfug! Nach seinem Tod entzweiten sich der sunnitische und schiitische Islam. Den Schiiten und Aleviten gilt er als erster Imam und als großes Vorbild.

Wäre Ali tatsächlich als Christ gestorben, dann würden Schiiten und Aleviten einen Christen verehren!

Bisher erschienen folgende Beiträge zur PI-Serie:

- » [Nicht stur und dogmatisch sein wie die Gegenseite](#)
- » [“Ich argumentiere immer mit dem Grundgesetz”](#)
- » [Vergleiche mit Juden entbehren jeder Grundlage](#)

Mustafa, Ahmad und Jihad beim Pokern



Mittlerweile muss man bei Meldungen der Berliner Polizei vorsichtig sein. Aber der spektakuläre Pokerraub scheint nun wirklich aufgeklärt zu sein. Am Montag soll sich einer der Täter, ein Mitbürger mit türkischem Migrationshintergrund, bei der Polizei gestellt haben. Drei weitere Mittäter hat er offensichtlich verpiffen. Sie seien aber bisher noch nicht gefasst. Ihre Namen sollen, wie [Spiegel Online](#) berichtet, Mustafa Ucarkus, Jihad Chetwie und Ahmad el Awayti (Fahndungsfoto oben v.l.n.r.) sein.

Nun, vielleicht sollte ihnen in aller Ruhe erklärt werden, dass man beim Pokerspiel nicht mit Macheten und Pistolen auftaucht. Und erstmal Geld mitbringt, bevor man vielleicht welches mitnimmt. Aber wahrscheinlich haben die Muslime nur ihren Koran zu genau gelesen. Dabei haben sie sicher die Sure 8 „Die Beute“ falsch interpretiert und aus dem Zusammenhang gerissen. Oder sie benutzten eine falsche Übersetzung.

Mitschnitt der n-tv-Sondersendung heute um 14.30 Uhr

Teil 1:

Teil 2:

(Text: byzanz, Video: Antivirus)

Aus einem Sandkorn eine Elefantenhorde machen



Der Haufen Sand in [BILD.de](#) (Foto l.) erinnert an Claudio Casulas [umgekippten Sack Reis in Jerusalem](#), der die Weltpresse, „Nahostexperten“ und Politiker alarmierte – und diese alarmierten die Bevölkerung. Jetzt stellte sich heraus, dass auch Sandhaufen nicht nur Sandhaufen und städtebauliche Genehmigungen nicht nur städtebauliche Genehmigungen sind, sondern ein „schwerer Rückschlag“ für den Frieden.

Wenn es um Israel geht, wird aus einem Sandkorn gerne eine Elefantenhorde gemacht:

Seit Tagen belagern Nahostkorrespondenten ein ruhiges Stadtviertel im Norden Jerusalems, Ramat Schlomo (Salomons Anhöhe) und fotografieren Sandhaufen auf gelegentliche Baustellen. Das städtebauliche Genehmigungsverfahren wurde während der 28jährigen Amtszeit des damaligen Oberbürgermeisters Teddy Kollek beendet, ein Linker. Sogar **ein Linker Linker!** Baubeginn war 1993. Also eigentlich ein alter Hut.

Jetzt leben in Ramat Schlomo [laut Stadtverwaltung](#) 17.258 Bewohner. Die 2.081 Haushalte haben durchschnittlich 98 m² Wohnfläche. Ergibt 12 m² pro Kopf, also nicht gerade viel. Die

Familien haben 5-6 Kinder, die jungen Leute wollen in der Nachbarschaft der Eltern bleiben. Dies führte zu einem Mehrbedarf an Wohnraum. Jetzt ist der Bau von weiteren 1,600 Wohnungen städtebaulich genehmigt worden. Es dürfte noch einige Jahre dauern, bis es den ersten Sandhaufen auf der ersten Baustelle geben wird.

Diese harmlosen Vorgänge im Bereich Städteplanung haben eine internationale Hysterie ausgelöst. Selbst bewährte Israelfreunde wie Angela Merkel haben sich zu starkem Tobak verleiten lassen, so als ob die Israelis der Genehmigung anderer Staaten bedürften, um in ihrer eigenen Hauptstadt zu bauen.

Das erinnert an die gerade abgeflaute Schweinegrippe-Hysterie. Fast ein Jahr lang hielt die Schweinegrippe die Welt in Atem, die die Weltpresse, „Gesundheitsexperten“ und Politiker alarmierte – und diese alarmierten die Bevölkerung. Eine gigantische Impfkampagne sollte ihr Einhalt gebieten. Die Forscher machten sich daran, die molekulare Gestalt des Virus aufzuklären. Die Pharmaindustrie begann an Impfstoffen zu tüfteln. Die Behörden und Politiker schmiedeten Katastrophenpläne. Und die Medien heizten nach. [Impfchaos in Deutschland](#), Hotlines überlastet, Hilflosigkeit bei den Bürgern. Nur eines ignorierten sie alle: dass der neue Erreger eigentlich harmlos war. Die Milliarden-Ausgaben für Impfstoffe haben die Taschen der Pharmaindustrie gefüllt. Das Vertrauen der Bürger ist beschädigt.

Wie auch immer, Israel hält an den Plänen unbeirrt fest: Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärte vor dem Parlament am Montag, in den vergangenen 40 Jahren habe keine israelische Regierung die Bautätigkeit in der Umgebung von Jerusalem eingeschränkt.

Nach der harschen Kritik am geplanten Wohnungsbau in Jerusalem sind die USA wieder ein Stück auf Israel zurückgerudert zugegangen. US-Außenministerin Hillary Clinton sprach am

Dienstag in Washington von „unverwüstlichen“ Verbindungen zwischen den USA und Israel.

Auch die Palästinenser haben eine Hauptstadt und diese heißt Ramallah, wenige Kilometer nördlich von Jerusalem und damit nicht weit von Ramat Shlomo. [El-Bireh](#) ist quasi ein Vorort von Ramallah. Zeitlich parallel zur Veröffentlichung der israelischen Stadtplanung in Ramat Shlomo, also vor einigen Tagen, wurde in El-Bireh ein öffentlicher Platz zu Ehren der Terroristin [Dalal Mughrabi](#) umbenannt, die im Jahre 1978 als „Shahida“ (=gestorben im Dschihad) bei einer Busentführung in Israel umkam. 37 Israelis starben dabei, darunter 11 Kinder, 71 Israelis wurden verwundet. Zwei palästinensische Mädchenschulen, indirekt mit EU-Gelder finanziert, tragen bereits den Namen der Massenmörderin. So sorgen die Palästinenser für die ~~Aufhetzung~~ Erziehung der neuen Generation. Auch das Palästinensische Fernsehen, ebenfalls indirekt mit EU-Gelder alimentiert, [glorifizierte die Terroristin](#). All das ist kein schwerer Rückschlag für den Frieden, wie im Fall des jüdischen Wohnungsbaus behauptet, weil es nach radikalislamischer ~~Leere~~ Lehre Frieden definitionsgemäß nur nach Unterwerfung der gesamten Welt unter die Sharia geben kann, mittels Dschihad.

So wird aus der Kindermörderin Dalal Mughrabi eine Friedensaktivistin und Vorbild für palästinensische Kinder und der jüdische Wohnungsbaus eine Kriegshandlung oder zumindest ein schwerer Rückschlag für den Frieden. Die [Gründungssatzung der Palästinensischen Befreiungsfront](#), veröffentlicht auf der Webseite der Palästinensischen UN-Botschaft, spricht für sich:

„Wir, das Palästinensische Volk, ... entschlossen ... auf dem Weg des heiligen Krieges (Dschihad) voranzuschreiten bis zum Erreichen des vollständigen Endsieges ... [We, the Palestinian Arab people, ... determined ... to move forward on the path of holy war (al-jihad) until complete and final victory has been attained ...“]

Heinsohn: Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen



Einen besonders im staatsverliebten Deutschland politisch inkorrekten Vorschlag macht der Soziologe Prof. Gunnar Heinsohn (Foto). Er regt an, [nach amerikanischen Vorbild](#) die Bezugsdauer von Sozialhilfe auf fünf Jahre zu begrenzen. Außerdem sollte endlich eine verantwortungsvolle Einwanderungspolitik dafür sorgen, dass wir qualifizierte Einwanderer bekommen.

Aber das ist ja nicht der Sinn der Sache. Sinn ist einzig, viel Stimmvieh [in sozialer Abhängigkeit](#) zu halten. Die Zukunft des Landes wird bereitwillig für den eigenen Machterhalt verschleudert.

Die FAZ [schreibt](#):

Vorab ein paar unangenehme Wahrheiten zur demographischen Entwicklung: Von 100 Kindern, die Deutschland benötigt, um nicht weiter zu schrumpfen und zu vergreisen, werden 35 gar nicht erst geboren. Statt der 2,1 Kinder je Frauenleben, die für eine demographische Stabilisierung nötig wären, kommen nur knapp 1,4. Von den 65 Kindern, die auf die Welt kommen

und zu Jugendlichen heranwachsen, gelten später 15 als nicht ausbildungsfähig. Unter den Lehrstellenbewerbern waren fast die Hälfte nicht ausbildungsfähig, so der neueste Berufsbildungsbericht der Bundesregierung. Von den 50 befähigten Kindern verlassen 10 das Land und suchen als Auswanderer anderswo ihr Glück. Es stehen mithin gerade mal 40 der erforderlichen 100 Nachwuchskräfte zur Verfügung. Die Bedrohung für die Wirtschaft, den Sozialstaat, das Gemeinwesen insgesamt wird als so groß empfunden, dass es unter den Demographen kaum einen gibt, der dem Land noch Hoffnungen macht.

Doch das eben gezeichnete Bild ist immer noch geschönt. Denn die verbliebenen vierzig Nachwuchskräfte werden immer mehr entmutigt, in Deutschland zu bleiben. Die Entmutigung unserer vierzig rührt vorrangig daher, dass ihre Belastung durch den Sozialstaat stetig zunimmt. Sie müssen immer mehr Alte versorgen. Im Jahr 2060 wird es statt heute 81 nur noch 65 Millionen Menschen in Deutschland geben; das Durchschnittsalter steigt von 44 auf 54 Jahre. Nach realistischen Szenarien werden 2060 nur noch 30 Millionen Menschen im Alter zwischen 24 und 65 Jahren stehen. Diese müssen 22 Millionen Alte sowie 13 Millionen Junge versorgen. Selbst wenn alle Bürger im erwerbsfähigen Alter arbeiten würden, müssten dann 100 Verdienere für knapp 120 Nichtverdiener aufkommen.

Eine demographische Zukunft haben nur die Bildungsfernen. So besteht im Februar 2010 die Hartz-IV-Bevölkerung von 6,53 Millionen Menschen zu 26 Prozent aus Kindern unter 15 Jahren (1,7 Millionen). Im leistenden Bevölkerungsteil von 58 Millionen Bürgern unter 65 Jahren dagegen gibt es nur 16 Prozent Kinder (9,5 Millionen). Doch selbst der 26-Prozent-Kinderanteil in Hartz IV ist nur ein Anfang. Er wird weiter wachsen, weil er bei den Kleinsten schon sehr viel höher liegt. So hatte Bremerhaven vergangenes Jahr zwar „nur“ 33 Prozent der Kinder von 7 bis 15 Jahren auf Hartz IV. Bei den

0- bis 3-Jährigen aber waren es 45 Prozent. Deshalb steht zu befürchten, dass in einigen Jahrzehnten weit mehr als ein Viertel der Menschen in eine Hightech-Gesellschaft mit ihren hohen Qualifikationsanforderungen nicht passt.

(...)

Der Königsweg wäre qualifizierte Einwanderung. Denn „skilled immigrants“ böten die optimale Problemlösung. Seit 1987 hat man über 12 Millionen Fremde geholt. Aufgeklärte Iraner sind darunter, die vor Teherans Fanatikern flüchten; russische Juden, die dem Antisemitismus entkommen wollen, und Vietnamesen, die schon die DDR holte. Ihre Kinder schaffen bessere Abiturnoten als der Nachwuchs des deutschen Bildungsbürgertums. Sie erfüllen die politökonomischen Kriterien des qualifizierten Einwanderers, der Lern- und Leistungsfähigkeit mitbringen sollte. Unter Kanadas Einwanderern erfüllen fast 100 Prozent dieses Kriterium, in Australien knapp 90 Prozent. Kanada wird zur ersten Nation, die bei den (oft chinesischen) Zuwandererkindern einen höheren Intelligenzquotienten (IQ) misst als bei den Alteingesessenen.

Zwischen Rhein und Oder hingegen liegen Migrantenkinder – von den begabten Ausnahmen abgesehen – tiefer unter dem einheimischen Leistungsniveau als irgendwo sonst auf der Welt. In den Pisa-Tests haben sie als Fünfzehnjährige 100 Punkte beziehungsweise zwei Lernjahre Rückstand. 44 Prozent dieses Fünftels der Bevölkerung bleiben ohne Berufsausbildung. „Die Zeit“ schrieb jüngst, dass für dieses Debakel die „Ursache noch niemand gefunden“ habe. Doch die Antwort ist einfach: Deutschland rekrutiert seine Einwanderer vorrangig nicht aus Eliten, sondern aus den Niedrigleistern des Auslands, weshalb man eben nur etwa 5 Prozent qualifizierte Einwanderer gewinnt. Und deren Nachwuchs schleppt die Bildungsschwäche weiter.

Die deutsche politische Führung scheint fest entschlossen, weiter auf dem erfolglosen, immer teurer werdenden Weg der

verfehlten Einwanderungs- und Sozialpolitik zu gehen. Mehr Geld für Sozialprogramme hilft dabei nicht einmal zur Bekämpfung der Symptome, wie der Politologe und Ökonom Charles Murray in seiner Studie „Losing Ground“ überzeugend dargelegt hat. Zwischen 1964 und 1984 erhöhte Amerika seine Ausgaben für Sozialhilfe sehr stark. Und doch stieg die Zahl der „Sozialhilfemütter“ und ihrer Kleinen von 4 auf 14 Millionen. Murray fasste diese Entwicklung in die Gesamtformel „Mehr Geld vermehrt Armut“.

Seine wichtigsten Schlussfolgerungen lauteten: Erstens: Die Bezahlung der Mutterschaft für arme Frauen führt zu immer mehr solchen Müttern. Zweitens: Die Kaschierung des Schulversagens ihrer Kinder durch Senkung der Anforderungen höhlt die Lernbereitschaft weiter aus. Drittens: Die Entschuldigung der Kriminalität dieser Kinder – 10 Prozent der Jungen sind auf Sozialhilfe, diese begehen aber 50 Prozent der Verbrechen – als „Versagen der Gesellschaft“ treibt die Deliktzahl weiter nach oben. Viertens: Die Abschaffung der Sozialhilfe wirkt für die Betroffenen hilfreicher als ihre Belohnung mit Quasiverbeamtung für immer mehr bildungsferne Kinder.

Diese unbequemen Einsichten haben in der amerikanischen Politik zu einem Umdenken geführt. Letztlich hat der Linksliberale Bill Clinton die entscheidende Wende eingeleitet. Ungeachtet aller „Rassismus“-Vorwürfe aus den eigenen Reihen setzte er zum 1. Januar 1997 die wichtigsten von Murrays Vorschlägen um. Clintons Reform beendete das seit 1935 geltende Recht auf lebenslange Sozialhilfe. An seine Stelle trat ein auf fünf Jahre begrenztes Recht auf Unterstützung bei tatkräftiger Hilfe nicht zu irgendeiner abstrakten Integration, sondern zum Übergang in Arbeit. Der Erfolg dieser Maßnahmen war durchschlagend: Bezogen vor der Reform 12,2 Millionen amerikanische Bürger Sozialhilfe, so waren es 2005 nur noch 4,5 Millionen. Die Frauen der Unterschicht betrieben nun Geburtenkontrolle. So sank die

Zahl der „welfare mothers“ drastisch, ebenso die Kriminalität der Söhne dieses Milieus.

Die Zahl der ausschließlich von Sozialhilfe lebenden Kinder unter 15 Jahren sprang von rund 130.000 im Jahre 1965 (nur Westdeutschland) über 630.000 im Jahre 1991 auf 1,7 Millionen im Februar 2010. Nicht nur 10 Prozent aller Babys wie damals in Amerika, sondern schon 20 Prozent werden mit Steuergeld finanziert. Während deutsche Frauen außerhalb von Hartz IV im Durchschnitt nur ein Kind haben und leistungsstarke Migrantinnen sich diesem Reproduktionsmuster nähern, vermehrt sich die vom Sozialstaat unterstützte Unterschicht stärker – mit allen Folgeproblemen. So sind in der Hartz-IV-Musterkommune Bremerhaven die Jungen in Sozialhilfe mit einem Anteil von rund 40 Prozent an der männlichen Jugend für mehr als 90 Prozent der Gewaltdelinquenz verantwortlich.

Solange die Regierung das Recht auf Kinder als Recht auf beliebig viel öffentlich zu finanzierenden Nachwuchs auslegt, werden Frauen der Unterschicht ihre Schwangerschaften als Kapital ansehen. Allein eine Reform hin zu einer Sozialnotversicherung mit einer Begrenzung der Auszahlungen auf fünf Jahre statt lebenslanger Alimentierung würde wirken – nicht anders als in Amerika. Eine solche Umwandlung des Sozialstaats würde auch die Einwanderung in die Transfersysteme beenden. Deutschland könnte dann im Wettbewerb um ausländische Talente mitspielen, um seinen demographischen Niedergang zu bremsen.

Aber das spielt ja alles keine Rolle. Viele Geschenke erhöhen die Zahl der Abhängigen, die wir ja alle einbürgern wollen. Und ein Schrei von links über Kaltherzigkeit und Mitleidlosigkeit der „kapitalistischen Raubtiergesellschaft“, die auf dem „Rücken der armen Leute“ ihren Staatshaushalt sanieren will, würde jeden Ansatz einer Reform im Keim ersticken. Der Deutsche ist obrigkeitshörig. Und die FDP, von der man einiges erwartet hatte, entpuppt sich als

machtverliebter Spielball der sozialistischen Kanzlerin.

Wohlgemerkt: Es geht nicht um die, die nicht können, sondern um die, die nicht wollen!

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)

In Berlin wächst der sozialistische Mensch



Von der Schaffung eines neuen, sozialistischen Menschen träumten schon Marx, Stalin und Honnecker. In der Berliner DDR 2.0 ist man dem Ziel jetzt ein gutes Stück näher gekommen. Verarmt, verhetzt, verblödet – so wünschen sich linkspopulistische Rattenfänger ihr Stimmvieh. Und natürlich als Sozialjunkies voll abhängig von der staatlichen Umverteilungsmaschinerie.

In Berlin, und sicher nicht nur dort, ist das alte sozialistische Projekt inzwischen weit fortgeschritten. Beunruhigt sind nur die Kinderärzte, die in der politischen Verschiebemasse pathologische Züge erkennen. Der [Tagesspiegel berichtet](#):

Die Zahl der Berliner Kinder mit auffälligen Bewegungs- und Sprachdefiziten steigt rasant. Nach Schätzungen des Verbandes der Berliner Kinderärzte bekommt bereits jedes vierte Kind zwischen zwei und sechs Jahren eine logopädische oder ergotherapeutische Behandlung verordnet, um es „schulfähig zu machen“. Alleine in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres bezahlten die Krankenkassen in Berlin rund 19 000

solcher Ergotherapien und 17 000 Sprachtherapien. Nach Berechnungen der Techniker-Krankenkasse haben sich die Zahlen damit seit 2005 mehr als verdoppelt.

„Wir stehen vor einem enormen Problem“, sagte am Montag der Sprecher der Berliner Kinder- und Jugendärzte, Ulrich Fegeler. Ursache ist aus seiner Sicht „die erschreckende Anregungs- und Erfahrungsarmut in vielen, vor allem sozial schwachen Familien“. Dies bestätigt auch der Beauftragte des Kinderärzterverbandes für den öffentlichen Gesundheitsdienst, Thomas Abel. Aus Bequemlichkeit werde Kindern oft viel zu wenig erzählt, es fehlten Unterhaltungen, Spiele und gemeinsame Aktivitäten wie Basteln oder Ausflüge, bei denen der Nachwuchs Fingerfertigkeit, körperliches Geschick, sprachliche und kognitive Fähigkeiten schule. „Stattdessen erschlaffen die Kinder vor dem Fernseher und der Playstation“, sagte Abel, der für den kinderärztlichen Dienst des Bezirks Mitte arbeitet. Alle Sinne würden „viel zu wenig gefordert“, ursprüngliche Erfahrungen nicht mehr ermöglicht.

Auch die Barmer Ersatzkasse (BEK) bestätigte den Trend zu „immer mehr Kindertherapien“. Allein von 2007 bis 2008 musste die BEK zwölf Prozent mehr logopädische Behandlungen und 24,6 Prozent mehr Ergotherapien bezahlen. Die Ausgaben stiegen entsprechend. Doch nach Ansicht des Verbandes der Kinderärzte sind diese Gelder „wenig effektiv eingesetzt“. Die Therapeuten könnten nicht nachhaltig helfen, sagte Ulrich Fegeler. Das Problem werde auf die Medizin abgeschoben. Vermehrte Therapien seien Ausdruck wachsender Hilflosigkeit.

Dass die Therapeuten wenig bis nichts ausrichten, ist nichts neues. Trotzdem boomt die Industrie der Psychoscharlatane, finanziert von steigenden Krankenkassenbeiträgen der noch arbeitenden Menschen.

Den politischen Verwertern des multikulturellen Menschenversuchs, die Bevölkerung durch Massenimmigration

bildungsferner Moslems auszudünnen und die eigene Bevölkerung durch Medien und Anspruchsdenken arm aber sexy zu verblöden, den linken und grünen Sozialhetzern und Neidschürern von SPD bis Antifa, kann die träge Verschiebemasse nur recht sein. Dumm und faul überlässt der Gegenentwurf zu freien und unabhängigen Bürgern den Politclowns die politische Bühne, um im Bedarfsfall von Gewerkschaftsbossen für Neiddemos oder den „Kampf gegen Rechts“ auf die Straße geschickt zu werden. Aber Eigenverantwortung und Selbstbestimmung sind zwei Seiten derselben Münze. Wer vorgibt, die Menschen von der Eigenverantwortung zu entlasten, will ihnen in Wirklichkeit die ganze Münze stehlen. Was im SED-geführten Berlin jetzt drastisch sichtbar wird, ist längst ein Problem in ganz Deutschland.

Aufgrund zahlreicher in letzter Zeit gehäuft auftretender Leserkommentare mit nicht akzeptablem Inhalt werden einige Beiträge bis auf weiteres ohne Kommentarmöglichkeit veröffentlicht. Wir bitten um Verständnis.

Erdogan sucht Einfluss auf Parlamentarier



„Wir müssen die europäische Kultur mit der türkischen impfen.“ Unter diesen Vorgaben lud die türkische Regierung türkischstämmige Abgeordnete aus ganz Europa ein, Flug und Hotel frei. Beim Essen forderte sie Ministerpräsident Erdogan zur Annahme der jeweiligen Staatsbürgerschaft auf. Aber nicht etwa zu Integrationszwecken, sondern einzig zur Vertretung der Interessen der AKP-Regierung im Ausland.

Der Spiegel [berichtet](#):

Ein feudales Essen in Istanbul, Anreise inklusive: Aus ganz Europa lud Premier Erdogan türkischstämmige Politiker ein, um sie zu mehr politischer Aktivität in ihrer neuen Heimat zu ermuntern – gegen eine Assimilierung der Türken. Teilnehmer aus Deutschland reagierten empört.

Die Einladung, die im Februar bei zahlreichen deutsch-türkischen Politikern einging, klang verlockend: Ein Mittagessen in einem Fünf-Sterne-Hotel in Istanbul. Die Reisekosten, so das Angebot an die Teilnehmer, würden übernommen. Die Überschrift des Treffens: „Wo auch immer einer unserer Landsleute ist, dort sind auch wir.“

(...)

Denn der Absender der Einladung war die konservativ-religiöse türkische AKP-Regierung – und die hatte den Teilnehmern eine klare Botschaft zu verkünden. Im Ausland lebende Türken sollten die Staatsbürgerschaft ihrer neuen Heimat annehmen, aber nicht in erster Linie um sich dort zu integrieren,

sondern um politisch aktiv zu werden, sagte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Länder, die gegen die doppelte Staatsbürgerschaft seien, verstießen gegen Grundrechte. Islamophobie verglich Erdogan in seiner Ansprache mit Antisemitismus.

Teilnehmer berichteten SPIEGEL ONLINE weiter, dass der türkische Premier dann den Satz wiederholte, der schon vor zwei Jahren bei seiner Rede in Köln 2008 für heftige Kritik gesorgt hatte. „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Und eine noch schärfere Formulierung hatte die türkische Regierung den Angaben von Ali Ertan Toprak, stellvertretender Vorsitzender der Alevitischen Gemeinde in Deutschland, zufolge parat: „Wir müssen die europäische Kultur mit der türkischen impfen.“

Welches Verständnis die türkische Regierung von deutschen Abgeordneten hat, wurde schon in der Einladung zu der Veranstaltung deutlich, die im Auftrag des türkischen Staatsministers Çelik geschrieben wurde. Deutsche Parlamentarier wurden dort als „meine verehrten Abgeordneten“ angesprochen, Erdogan als „unser Premierminister“ bezeichnet.

Türkischstämmige Politiker und Religionsvertreter in Deutschland üben jetzt deshalb scharfe Kritik an Ankara: „Das war eine ganz klare Lobbyveranstaltung der türkischen Regierung“, sagt Ali Ertan Toprak, der bei dem Essen war. Er sei selbst erschrocken darüber gewesen, wie offen die türkische Regierung formuliert habe, dass Deutsch-Türken die Interessen des türkischen Staates vertreten sollten. „Wären EU-Beitrittsgegner aus der Union dabei gewesen, die hätten eine Menge Stoff für ihre Argumente bekommen“, so Toprak.

(...)

„Die türkische Regierung sollte sich mehr um die Interessen der Türken in der Türkei kümmern, anstatt, zu versuchen, türkischstämmige Deutsche als ihre Botschafter zu instrumentalisieren“, sagt der ehemalige SPD-Europaabgeordnete und Unternehmer Vural Öger, der ebenfalls

an dem Treffen teilnahm.

Andere türkischstämmige deutsche Abgeordnete haben die Einladung gar nicht erst angenommen – weil sie ihnen vorn vornherein höchst problematisch erschien. Wie die Linken-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen, der Grünen-Abgeordnete Memet Kilic und Özcan Mutlu. „Es war klar, dass es sich um eine reine Lobbyveranstaltung der türkischen Regierung handelt. Ich habe dort als deutscher Parlamentarier nichts zu suchen“, sagt Mutlu, der für die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt. „Wir sind kein verlängerter Arm der türkischen Regierung.“

(...)

Von einer „Nebenaußenpolitik“ der Regierung in Ankara spricht gar die Linken-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen. „Daran möchte ich mich nicht beteiligen. Ich finde es bedauerlich und bedenklich, dass dies andere deutsche Politiker offenbar tun“, so die Sprecherin für internationale Beziehungen der Linken.

Natürlich findet man das bei der Türkei sicher nicht dauerhaft schlecht, sondern verständlich. Das riecht nach Landesverrat, sich von einem fremden Staat einladen zu lassen um Direktiven für das Mandat in Deutschland entgegen zu nehmen. Schade, dass es uns nichts angeht, welche deutschen Politiker da im einzelnen sich haben einladen lassen. da ist der Spiegel doch sonst immer so investigativ.

(Spürnase: Norbert G., Sawwas M. und Mister Maso)

Hausverbot für Geert Wilders im Carat-Hotel



Nachdem die Bürgermeisterin von Monschau, Margareta Ritter (CDU), Geert Wilders zur unerwünschten Person in Monschau erklärt hatte ([PI berichtete](#)), hat jetzt natürlich auch der Geschäftsführer des [Carat-Hotel](#), Freek Suringh (Foto) – ebenfalls Niederländer – sich im Nachhinein fürchterlich echauffiert, politisch korrekt nachgelegt und Wilders für die Zukunft Hausverbot erteilt.

[AZ-Web](#) berichtet:

Freek Suringh ist auf Hundertachtzig. Was sich am Wochende in seinem Haus abgespielt hat, lässt den Geschäftsführer des Monschauer Carat-Hotels seinen Skiurlaub in Österreich nicht so richtig genießen. Falsch sei vor allem die Information gewesen, der Niederländer habe seinen Urlaub mit einem Tag Verspätung angetreten, nur um den Rechtspopulisten Geert Wilders noch begrüßen zu können.

Suringh wusste nicht einmal, dass Wilders kam. Denn der auch in seiner Heimat umstrittene niederländische Politiker war unter falschem Namen im Carat-Hotel eingebucht worden, wie Freek Suringh quasi von der Skipiste per Handy berichtete.

Ein Sicherheitsbeamter aus den Niederlanden habe bei der Buchung einen falschen Namen angegeben, von einem VIP-Gast gesprochen, der in Monschau einen privaten Besuch plane, und Suringh absolutes Stillschweigen aufgelegt.

«Weil es sich angeblich um die höchste Sicherheitsstufe

handelte, durfte ich nicht einmal meinem Personal sagen, dass da irgendein Prominenter kommt. Und ich wusste hundertprozentig nicht, um wen es sich handelte. Die Monschauer Stadtpitze war auch nicht informiert.» Nur die Polizei habe gewusst, wer der große Unbekannte war.

«Ich bin entsetzt»

Freek Suringh hat sich nach einem etwa 20-minütigen Gespräch mit dem Sicherheitsbeamten wie geplant auf den Weg in den Urlaub gemacht. Dort haben er und seine Ehefrau dann erfahren, was sich am Wochenende im Hotel zugetragen hat, denn der Besuch des Geert Wilders in der Eifel hat inzwischen auch in den Niederlanden großen Widerhall in den Medien gefunden.

*«Ich bin entsetzt», versichert Freek Suringh, «und meine Frau läuft noch völlig neben der Spur. Ich will mit diesem ganzen rechtspopulistischen Sch... nichts zu tun haben.» Es sei gläubiger Buddhist, betont Suringh, und er beschäftige neben anderen Religionen in seinem Haus auch fünf Muslime, auf die es Wilders in den Niederlanden abgesehen habe. **«Der kommt mir nicht mehr ins Haus!»***

[Carat Hotel Monschau](#)

Laufenstraße 82

52156 Monschau

Tel.: +49 24 72 86-0

Fax: +49 24 72 86-199

» suringh@carathotel.de

(Spürnase JustusD)